

Ingrid Pahlmann

MdB

Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde aus dem
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

wenn drei sich streiten, gibt es leider keinen lachenden Vierten, sondern ausschließlich Verlierer.

Wie der Verlierer heißt, können Sie sich aussuchen. Ob es die Bürgerinnen oder Bürger sind, die deutsche Wirtschaft oder Deutschland als Gesamtes. Die Streitereien in der Regierung und in den Fraktionen werden immer abstruser. Vermeintliche Einigungen werden als Kompromisse verkauft, die keine sind oder nicht länger dauern als eine Halbzeit beim Fußball. Es braucht nicht lange, bis eine Ampelfarbe eine Rolle rückwärts macht.

Egal, ob das den Haushalt oder den so wichtigen Plan für Asyl- und Migration betrifft. Man fragt sich, mit welchem Mandat die drei "Großen" in der Regierung noch verhandeln, wenn die Fraktionen die Kompromisse umgehend aufschnüren.

Nichts als heiße Luft also, auch in dieser Haushaltswoche. Und weiterhin Unsicherheiten und Fragezeichen bei allen, die sich Antworten auf die Fragen der Zeit nicht nur wünschen, sondern dringend benötigen.

Wenn die Ampel keine Zukunftsentscheidungen trifft, werden auch alle Planungen für andere Bereiche geschoben oder auf Eis gelegt. Das wird mehr und mehr zum Problem für ganz Deutschland!



Infos zu meiner Arbeit in Berlin sowie spannende Themen und Anträge finden Sie in meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch die Veranstaltungshinweise!

**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen
und freue mich auf Ihre
Reaktionen!**

Herzliche Grüße, Ihre und Eure

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive style with a long horizontal line extending to the right.

Haushalt 2025: Sozialpolitik auf dem Rücken der jungen Generation



Bei der Generalausprache des Bundestages zum Haushalt 2025 hat unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz die Regierung scharf kritisiert und ihr die falsche Weichenstellung vorgeworfen. Er mahnt, dass die Ampel mit jeder Entscheidung, die sie in der Koalition trifft, die Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschlechtert und weist darauf hin, dass aufgrund dessen, jedes Jahr 150.000 - 200.000 Fachkräfte Deutschland verlassen. Dieser Trend muss unter allen Umständen gestoppt werden.

Migrations-Krise, Haushaltskrise, Wirtschaftskrise: Merz adressierte an die Ampel-Regierung, dass unser Land in diesen Wochen vor einer ganzen Reihe von Herausforderungen stehe: "Ihre Wirtschaftspolitik ist nicht mehr marktwirtschaftlich orientiert. Ihre Wirtschaftspolitik ist eine Politik der beständigen Interventionen (Eingriff) in den Markt", kritisiert Merz. "wir bewegen uns mehr und mehr in eine Planwirtschaft."

Vor allem die Sozialausgaben sind viel zu hoch, der Sozialhaushalt explodiert förmlich. Die Koalition habe mit dem Vorhaben "Rentenpakt II" jeden Konsens zwischen jüngerer und älterer Generation aufgekündigt. Eine Korrektur dieser Linie ist nicht in Sicht, eine Einigung zwischen den zerstrittenen Parteien in weiter Ferne.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erleben wir, dass ein Bundeshaushalt in den Bundestag eingebracht wird, von dem die Bundesregierung hofft, dass der Bundestag ihn korrigiert. 12 Milliarden Euro Globaler Minderausgaben (Geld, von dem die Regierung hofft, dass es nicht ausgegeben wird) sind mehr als unseriös. Diese massiven Finanzierungslücken können so nicht bestehen bleiben und müssen geschlossen werden.

Wir werden den weiteren Verlauf der Beratungen kritisch begleiten und schauen, ob die Regierungskoalition die Kraft hat, sich auf einen Haushalt zu einigen, der rechtskonform ist und den Regeln der guten fachlichen Praxis folgt.

Für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik



Unser Vorsitzender Friedrich Merz hatte Bundeskanzler Olaf Scholz in einem persönlichen Gespräch am 27. August 2024 die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeboten, um eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik zu erreichen. Anschließend lud die Bundesregierung zu einem ersten Treffen mit Vertretern der Union ein. Bei diesem Treffen haben unsere Vertreter verdeutlicht, welche Maßnahmen jetzt für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik notwendig sind. Dazu zählen die Beendigung des Familiennachzugs zu vorübergehend Schutzberechtigten, die Beendigung von freiwilligen Aufnahmeprogrammen (z.B. für Afghanistan) und die Wiedereinführung des Ziels der Begrenzung von Migration im Aufenthaltsgesetz.

Entscheidend war und ist der Schutz der deutschen Grenze vor unerlaubten Einreisen. Wir haben der Bundesregierung unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass nur Zurückweisungen an der deutschen EU-Binnengrenze die massenhafte illegale Einreise nach Deutschland unterbinden können. Die Etablierung einer solchen Zurückweisungspraxis würde das Grundprinzip des „Dublin-Systems“ wiederherstellen: Der Ersteinreisestaat ist für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig. Eine solche Zurückweisungspraxis ist nach unserer Rechtsauffassung möglich und nötig. Das haben wir auch in unserem Antrag zur Abstimmung gestellt.

Die Bundesregierung hat in dem zweiten Gespräch ihren Vorschlag vorgelegt. Im Kern setzt die Bundesregierung nicht auf Zurückweisungen an der Grenze, sondern auf beschleunigte Dublin-Verfahren im existierenden System der Asyl- und Migrationspolitik. Dabei ist fraglich, ob eine solche Beschleunigung mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenem Verfahren erreicht werden kann. So soll die Bundespolizei bei Einreise nach Deutschland „prüfen“, ob ein anderer Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist; es soll anschließend ein „beschleunigtes Verfahren“ der Rücküberstellung in den Ersteinreisestaat erfolgen.

Deutschland befindet sich in einer anhaltenden schweren Migrationskrise. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres haben mehr als 160.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Mit Stand Ende 2023 leben 972.000 Syrer und 419.000 Afghanen im Land. Deutschlands Aufnahmekapazitäten sind erschöpft. Das zeigt die tägliche Realität in den Kommunen, in den Schulen und Kindergärten, in den Krankenhäusern und dem öffentlichen Nahverkehr.



Der Vorschlag der Ampel wird keine Zurückweisungen an der Grenze nach sich ziehen, sondern das existierende (gescheiterte) System fortführen und illegale Reisen nach Deutschland nicht verhindern. Unser Ziel hingegen ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen.

Durch einen funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Grenzkontrollen an den Binnengrenzen auf Dauer überflüssig machen. Bis dahin treten wir für eine Beibehaltung wirksamer Grenzkontrollen an den Binnengrenzen ein. Diese müssen prinzipiell mit der Zurückweisung von Personen verbunden werden, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können.

Die Ampel-Bundesregierung hat keine Kraft für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik. Die von Nancy Faeser vorgelegten Vorschläge bleiben sehr weit hinter dem zurück, was unseres Erachtens jetzt notwendig wäre: Eine konsequente Zurückweisung an den deutschen EU-Binnengrenzen. Nur so lässt sich der Zustrom nach Deutschland stoppen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten keinen Ampel-Minimalkompromiss, sondern die Lösung des Problems. Diese Tatenlosigkeit der Bundesregierung, für die Bundeskanzler Olaf Scholz die Verantwortung trägt, ist eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Ampel kapituliert vor der Herausforderung der irregulären Migration. Die Bundesregierung ist handlungsunfähig und führungslos.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht für Scheinlösungen und endlose Gespräche in immer neuen Arbeitsgruppen und sonstigen Gesprächsformaten nicht zur Verfügung. Deshalb haben wir die Gespräche mit der Regierung fürs Erste beendet. Es ist hilfreich, dass die Ampel unsere Forderungen aus dem Jahr 2018 im Jahr 2024 umsetzen möchte. Die heute tatsächlich notwendigen Maßnahmen für eine neue Asyl- und Migrationspolitik sind allerdings bekannt. Es gibt keinen Redebedarf, sondern Handlungsbedarf. Wir erneuern unsere Forderung nach konsequenter Zurückweisung an der Grenze zur Beendigung der massenhaften illegalen Einreise nach Deutschland. Das haben wir mit unserem Antrag untermauert.

Probleme bei Auslegung und Vollzug des Tierhaltungskennzeichnungs- gesetzes



Das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (THKG) wurde im Jahr 2023 vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat beschlossen, jedoch wurde die dazugehörige Achte Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vom Bundesrat abgelehnt.

Dies hat zur Folge, dass die Auslegung des Gesetzes und insbesondere die Definition von Kriterien der Haltungsform „Frischlufstall“ in den Ländern uneinheitlich gehandhabt wird.

Für Landesbehörden, tierhaltende Landwirte, Verarbeiter und den Lebensmitteleinzelhandel besteht daher erhebliche Rechtsunsicherheit bei der künftigen Kennzeichnung von Fleischprodukten, insbesondere bei frischem Schweinefleisch. Etliche Agrarminister aus den Ländern haben deswegen bereits einen Brief an den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir verschickt mit der Bitte, das THKG entweder aufzuheben oder zumindest die Fristen zum Vollzug des THKG um zwölf Monate zu verschieben.

In Ländern wie beispielsweise Dänemark ist die mit Lokalanästhesie durchgeführte Ferkelkastration erlaubt, während Ferkel in Deutschland nach dem Tierschutzgesetz seit 2021 nur noch unter Vollnarkose kastriert werden dürfen.

Trotz daraus resultierender unterschiedlicher Tierschutzstandards in Ländern des EU-Binnenmarktes besteht für etwaige importierte Tiere aus Dänemark weiterhin die Möglichkeit, in Deutschland die höchste Stufe der Tierhaltungskennzeichnung zu erhalten, weil lediglich die Bedingungen der Tierhaltung in der Mast und nicht die Bedingungen in der Ferkelerzeugung maßgebend sind.

Diese Ungereimtheiten bei der Umsetzung des THKG haben wir zum Anlass genommen, der Bundesregierung eine kleine Anfrage mit 16. Kernfragen zu stellen. [Diese finden Sie hier!](#)



Schutz kritischer Infrastruktur

Im Herbst 2022 wurden bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) sowohl in Berlin als auch in Nordrhein-Westfalen Kommunikationskabel sabotiert, woraufhin das interne Bahnkommunikationssystem GSM-R in Norddeutschland komplett ausfiel.

Anfang September 2023 wurden auf Kabelschächte der DB AG Brandanschläge verübt, wodurch die Versorgungsleitungen für Signal- und Kommunikationstechnik beschädigt wurden. Zu Beginn des Jahres 2023 wurden in Nordrhein-Westfalen mehrere Stellwerke der DB AG manipuliert.

Die Folge war, dass die Stromversorgung für Teile des Schienennetzes ausfiel. Diese Vorfälle führten jeweils zu massiven Störungen des Zugverkehrs.

Nachdem ein Betonbohrer bei Arbeiten am Bahnhof Frankfurt-Eschersheim zwei in fünf Metern Tiefe an der Trasse verlaufende Glasfaser-Kabelstränge durchtrennt hatte, kam es im März 2023 zu einem IT-Ausfall bei der Lufthansa. Dies hatte ein Chaos am Flughafen Frankfurt und im innerdeutschen Flugverkehr zur Folge.

Auch im Jahr 2024 gab es bereits vergleichbare Vorfälle. So haben zum Beispiel Ende Juli Unbekannte wichtige Leitungen auf der Bahnstrecke zwischen Bremen und Hamburg angezündet. Die Folgen waren erhebliche Probleme im Fern- und Nahverkehr. Aber nicht nur Deutschland, sondern auch unsere Nachbarländer waren bereits Ziele von Angriffen auf die Verkehrsinfrastruktur. In Frankreich wurde kurz vor der Eröffnung der Olympischen Spiele ein massiver Angriff auf das Schnellzugnetz verübt, unter anderem in Form von Brandanschlägen. Viele Bahnverbindungen mit den TGV-Hochgeschwindigkeitszügen mussten daraufhin gestrichen werden.

Die Vorfälle zeigen deutlich, dass der Verkehr als kritische Infrastruktur (KRITIS) anfällig für Manipulationen und Störungen ist und folglich angemessen geschützt werden muss. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) bereits im Oktober 2022 eine „Stabsstelle Krisen und Sicherheit“ eingerichtet, die auch das Thema Infrastruktursicherheit umfasst. Es wurde damals angekündigt, dass die Stabsstelle konkrete Schlüsse aus dem Sabotagefall auf das DB-Kabelsystem ziehen sowie die Verkehrs- und Digitalinfrastruktur einschließlich der IT-Sicherheit auf Resilienz untersuchen soll. Außerdem sollen Schwachstellen identifiziert und Verbesserungs- und Lösungsvorschläge entwickelt werden.

Bisher wurden die angekündigten Vorschläge noch nicht vorgelegt. Das haben wir zum Anlass genommen, der Bundesregierung eine kleine Anfrage zum Thema zu stellen!

Ladies Lunch Netzwerkreihe mit Dr. Alice Brauner



Parlamentarisches Frühstück
Bundesstiftung Frühe Hilfen



KAS - 75 Jahre CDU_CSU-Bundestagsfraktion



Feierstunde 75. Jahrestag der konstituierenden
Sitzung des ersten Deutschen Bundestages



Veranstaltungshinweise:

Am **27.09.2024 um 18.30 Uhr** findet im **Peiner Schützenhaus die Nominierung für die Bundestagswahl 2025 im Wahlkreis 45 Gifhorn-Peine** statt. Ich freue mich über eine rege Beteiligung.



instagram

facebook

Weiterhin möchte ich auf meine Bürgersprechstunde hinweisen:

Als Abgeordnete im Bundestag verstehe ich mich als Ihre Interessensvertreterin. Die beste Gelegenheit für ein Gespräch ist im Rahmen meiner Bürgersprechstunde.

Während der Bürgersprechstunde besteht die Möglichkeit, Probleme, Vorschläge und Sachverhalte in vertrauensvollem Rahmen mitzuteilen.

Wenden Sie sich bitte für die Terminabsprache per E-Mail unter ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de an mein Büro.

Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn
Steinweg 5
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine
Freiligrathstraße 4
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de